

## **1. Südanflüge am Euroairport (Medienmitteilung der GLP BL vom 29. Januar 2009)**

Die Grünliberalen Basel-Landschaft haben an ihrer Mitgliederversammlung vom 26. Januar 2009 das Positionspapier „Südanflüge am Euroairport“ einstimmig gutgeheissen.

Darin bekennen sich die Grünliberalen zu einem gesunden, konkurrenzfähigen Euroairport als wichtigen Faktor der Standortattraktivität unserer Region. Die Erfahrungen mit ILS33 werden dennoch kritisch beurteilt. Die vorgestellten Lösungsvorschläge sollen einen Beitrag zur Neulancierung der unterdessen doch etwas festgefahrenen Diskussion leisten.

### Euroairport als mögliches Vorzeigeprojekt zur Vereinbarkeit von Mensch, Wirtschaft und Ökologie

Wir haben die einmalige Chance, unseren Flughafen zu einem internationalen Vorzeigeprojekt zu machen und dabei die Vereinbarkeit von Mensch, Wirtschaft und Ökologie zu demonstrieren. Denn obwohl die Einführung von ILS33 richtig und aus technischer Sicht erfolgreich war, bleibt doch sehr viel Potential zur besseren Verträglichkeit für Mensch und Umwelt noch ungenutzt.

### Grundprinzip: möglichst wenige Menschen von Lärmemissionen betroffen machen

Wir bauen auf das Prinzip dass immer möglichst wenige Menschen von Lärmemissionen betroffen sein sollen. Dies ist einer „gerechten“ Verteilung auf viele Menschen vorzuziehen. Leider wird dieses Prinzip mit ILS33 verletzt. Gegenüber dem alten Anflugregime auf Sicht (MVI) sind nun knapp 70% mehr Menschen von Fluglärm betroffen.

### Entlastung für sehr viele Menschen möglich

Die durch ILS33 verursachte Mehrbelastung kann aber relativ einfach rückgängig gemacht werden:

- Kurzfristig, indem Südanflüge ab sofort wieder nach dem alten Verfahren auf Sicht durchgeführt werden, wann immer die Sichtbedingungen dies erlauben
- Mittelfristig, indem das Instrumentenlandesystem auf die moderne RNP-Technologie (Required Navigation Performance) umgerüstet wird. Damit lässt sich der alte „gekrümmte“ Südanflug auch instrumentenbasiert, d.h. sicherer und unabhängig von Sichtverhältnissen durchführen

Weil die damit signifikant verkürzten Anflugrouten auch Treibstoff und Zeit sparen, freuen sich gleichzeitig auch Umwelt und Fluggesellschaften.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass betroffene Immobilienbesitzer während der Übergangszeit finanziell entschädigt werden, z.B. durch eine temporäre Reduktion des Eigenmietwertes (der sinnigerweise genau zur Einführung von ILS33 erhöht wurde).

### Faktenbasiertes Fortführen der Fluglärm Diskussion

Damit die Fluglärm Diskussion möglichst faktenbasiert fortgeführt werden kann, muss die Transparenz seitens Euroairport weiter erhöht werden. Sowohl bezüglich den Südanflügen, wie auch der künftigen Geschäftsstrategie des Flughafens.

Die Grünliberalen werden sich nach Kräften für Lösungen im obigen Sinne einsetzen. Das vollständige Positionspapier finden Sie auf unserer Website unter [www.bl.grunliberale.ch](http://www.bl.grunliberale.ch)

## **2. Parolenfassung eidg. Abstimmung vom 08.02.2009 (Medienmitteilung GLP BL vom 30.01.2009)**

Die Grünliberalen Baselland haben anlässlich der Mitgliederversammlung vom 26. Januar 2009 folgende Parole für die kommende eidgenössische Abstimmung herausgegeben:



Eidg. Abstimmungsvorlage	Parole Grünliberale Basel-Landschaft
Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien.	<b>JA</b>

Der Entscheid des Parlamentes die Abstimmungsvorlagen zu den bilateralen Verträgen auf eine einzige Abstimmung zu reduzieren, betrachtet die GLP Basel-Landschaft als eine Beschneidung des demokratischen Stimmrechtes. Wir fordern National- und Ständerat auf, das Recht auf die Meinungsäusserung des Souveräns zu respektieren und künftige Bevormundungen dieser Art zu unterlassen.

### 3. Ja zur Personenfreizügigkeit – Ja zu einer selbstbewussten Schweiz (Leserbrief von Michel Hopf)

Die Zusammenlegung der Fortführung der Personenfreizügigkeit und ihrer Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien war möglicherweise nicht der Weisheit letzter Schluss. Inhaltlich ist sie aber vertretbar.

Zum einen aus der Sicht der Gegner. Die nämlichen Politiker bekämpften schon von Anfang an das Prinzip der Personenfreizügigkeit als solches; auch heuer gilt ihre Opposition diesem Grundsatz. Sie haben also keinen Grund, über die Formulierung der Abstimmungsfrage traurig zu sein. Im Gegenteil: sie entspricht ihrer eigenen Auffassung.

Zum anderen widerspiegelt die Abstimmungsfrage die politische Ausgangslage. Vertragspartnerin der bilateralen Verträge ist die EU. Die einzelnen Mitgliedstaaten sind es nicht. Der Ausschluss einzelner Mitgliedstaaten vom Anwendungsbereich der Verträge käme ihrer Diskriminierung gleich. Und wer die EU auch nur oberflächlich kennt weiss, dass sie sie nie akzeptieren könnte: wie jeder andere Bundesstaat oder Staatenbund auch, baut sie auf dem Grundsatz der Nicht-Diskriminierung und der Gleichheit ihrer Glieder auf. Und da sie von wenigen untergeordneten Ausnahmen abgesehen alle ihre wichtigen Entscheidungen einstimmig fassen muss, hat die EU keine Möglichkeit, davon abzuweichen.

Es geht also am 8. um die Frage der Zukunft der bilateralen Verträge und des bilateralen Weges überhaupt: wollen wir ihn trotz der alles in allem sehr guten Erfahrungen aufgeben, so stimmen wir Nein. Wollen ihn fortführen, stimmen wir Ja.

Die gegnerische Propaganda suggeriert uns das Bild einer kleinmütigen, verunsicherten Schweiz, die ihr Selbstvertrauen verloren hat und sich wehrlos imaginären Horden von aasfressenden Singvögeln ausgeliefert sieht. Ist das unsere Schweiz? Sehen wir uns schon als Kadaver? Wir jedenfalls nicht. Wir haben ein optimistischeres Bild unserer Schweiz. Deshalb werden wir auch am 8. Ja zur Freizügigkeit sagen.

### 4. Buchpreisbindung - Vernehmlassung (Pressemitteilung der GLP Schweiz vom 21.01.2009)

Die Schweiz braucht kein Buchpreisbindungsgesetz - Vernehmlassungsantwort der Grünliberalen zum Entwurf für ein Buchpreisbindungsgesetz

*Die Grünliberale Partei Schweiz lehnt eine Wiedereinführung der Buchpreisbindung ab, weil sie wirtschafts- und kulturpolitisch falsch und aus Sicht der Konsumenten teuer wäre. Preiskartelle sind mit einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren und maximieren die Gewinne der Kartellmitglieder zu Lasten der Allgemeinheit und insbesondere der Konsumenten. Eine Wiedereinführung der Buchpreisbindung hätte höhere Preise zur Folge.*

Nach Auffassung der Grünliberalen ist das Wort „Preisbindung“ eine schönfärberische Bezeichnung für das, worum es bei der Vorlage in Wahrheit geht, nämlich die (Wieder-)Einführung eines Preiskartells des Buchhandels. Preiskartelle sind mit einer liberalen Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbaren und maximieren die Gewinne der Kartellmitglieder zu Lasten der

Allgemeinheit und insbesondere der Konsumenten. Aus ordnungspolitischen Gründen sind die Grünliberalen auch gegen das Ziel des Entwurfs, die bestehenden Marktstrukturen in der Buchbranche zu erhalten. Zudem wäre eine Buchpreisbindung aus Sicht der Grünliberalen ein Rückschlag im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz: 2005, als die Buchpreisbindung noch in Kraft war, waren die Preise für deutschsprachige Bücher in der Schweiz um 16% höher als in Deutschland, bei nur 8% höheren Kosten. Dies belegt, dass die Buchpreisbindung vor allem dazu dient, die höhere Kaufkraft der Schweizer Konsumenten abzuschöpfen.

#### *Ein kulturpolitischer Bumerang*

Nach Meinung der Grünliberalen Partei Schweiz wäre eine Buchpreisbindung ein kulturpolitischer Bumerang: Für eine lebendige Buchkultur müssen Bücher auch gekauft und gelesen werden. Eine Wiedereinführung der Buchpreisbindung hätte aber höhere Preise zur Folge – mit dem Resultat, dass sich Konsumentinnen, Bibliotheken und Bildungseinrichtungen weniger Bücher leisten könnten.

#### *Unsozial, bürokratisch und verfassungsrechtlich fragwürdig*

Eine Buchpreisbindung wäre ausserdem unsozial, weil die höheren Buchpreise Konsumenten mit kleinem Einkommen sowie Bildungseinrichtungen mit schmalen Budgets am stärksten belasten würden. Zudem würde ein Buchpreisbindungsgesetz beim Staat zu mehr Bürokratie führen und der Wirtschaft hohe Regulierungskosten aufbürden. Nach Auffassung der Grünliberalen wäre das vorgeschlagene Gesetz verfassungswidrig, weil es nicht im öffentlichen Interesse liegt und die Wirtschaftsfreiheit unverhältnismässig einschränkt. Ausserdem hat es keine verfassungsmässige Grundlage.

Für den Fall, dass der Entwurf im Parlament eine Mehrheit fände, müsste also zuerst ein neuer Verfassungsartikel geschaffen und dieser Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden. Erst dann könnte das Parlament ein Buchpreisbindungsgesetz erlassen.

### **5. Wichtige Termine der Grünliberalen Basel-Landschaft**

Samstag, 21. März 2009, ab 13.30 Uhr	Die Grünliberalen Oberbaselbiet stellen sich im Holzenergiezentrum in Diegten vor. Gast u.a. Tiana Angelina Moser, Nationalrätin GLP, ZH
Montag, 30. März 2009, 20.00 Uhr	Generalversammlung der GLP Basel-Landschaft in Liestal
Montag, 15. Juni 2009, 20.00 Uhr	Mitgliederversammlung der GLP Basel-Landschaft in Basel
Dienstag, 18. August 2009, 20.00 Uhr	Mitgliederversammlung der GLP Basel-Landschaft in Basel
Montag, 9. November 2009, 20.00 Uhr	Mitgliederversammlung der GLP Basel-Landschaft in Liestal

Details zu den obenerwähnten Veranstaltungen erhalten Sie zu gegebener Zeit mittels Einladung.

*Mit grünliberalen Grüssen*

Gerhard Schafroth, Parteipräsident  
Thomas Grieder, Parteisekretär